



Pressemitteilung

Bonn, 24. Oktober 2008
Seite 1 von 1

HAUSANSCHRIFT
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

TEL +49 228 14-9921
FAX +49 228 14-8975

pressestelle@bnetza.de
www.bundesnetzagentur.de

Bundesnetzagentur trifft Festlegung zur Beschaffung von Verlustenergie

Kurth: „Intransparenzen und Ineffizienzen werden abgebaut“

Die Bundesnetzagentur hat jetzt in einer Festlegung die Rahmenbedingungen zur Beschaffung von Verlustenergie sowie zum Verfahren für die Bestimmung der Netzverluste erlassen. Bei der Verlustenergie handelt es sich um physikalisch bedingte Netzverluste, die bei Transport, Umspannung oder Verteilung zustande kommen und in der Folge nicht mehr als elektrische Energie im Netz zur Verfügung stehen.

Einer der Kernpunkte der Festlegung ist die Aufteilung des Beschaffungsvorgangs in eine Komponente für langfristig prognostizierbare Verlustenergie sowie eine Kurzfristkomponente. Die der Langfristkomponente zugeordnete Energie ist durch eine Ausschreibung zu beschaffen. Die Deckung der Kurzfristkomponente hat durch einen Dienstleister zu erfolgen, der seinerseits durch die Netzbetreiber mittels Ausschreibung zu bestimmen ist. Alternativ besteht für Netzbetreiber auch die Möglichkeit, bei beiden Komponenten anstelle einer Ausschreibung eine eigenhändige Beschaffung über einen börslich organisierten Handelsplatz vorzunehmen. „Die Bundesnetzagentur hat bei der Festlegung der Rahmenbedingungen den Netzbetreibern an zahlreichen Stellen bewusst Handlungsspielräume dort belassen, wo eine behördliche Detailvorgabe entbehrlich war und die sich daraus ergebenden Freiheiten für eine möglichst effiziente und preisgünstige Beschaffung genutzt werden können“, erklärte Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur.

Die Vorgaben der Behörde richten sich an alle Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen mit mehr als 100.000 unmittelbar oder mittelbar angeschlossenen Kunden. Sie sollen sicherstellen, dass die für den Ausgleich von Netzverlusten benötigten Energiemengen gemäß § 10 Stromnetzzugangsverordnung in marktorientierten, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren beschafft werden. „Erklärtes Ziel der Festlegung ist es, mit den gesetzten Rahmenbedingungen die vollständige Marktintegration der Verlustenergiebeschaffung zu fördern und auf diesem Weg noch bestehende Intransparenzen und Ineffizienzen abzubauen“, so Kurth.